

Der Feindschaftskampf

Amtliche Tageszeitung der NSDAP. Gau Sachsen

W das die Leinen Verleihungsbehörde schriftlich bestimmt Wett zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehörden, der Landgerichte, der Landesfinanzämter, der Finanzminister, der Reichsbahnamt, der Reichsbaudienst und der Deutschen Reichsbahn

Bezugspreis: mit 2,40 RM (jedoch 41 Kpf. Beitragsabrechnung bis 41 ab 43 Kpf. zu verrechnen). Durch die Zahl 2,40 RM erhält 41 Kpf. Beitragsabrechnung (jedoch 43 Kpf. zu verrechnen). Bei Abholung in unserer Geschäftsstelle 2 RM. Erhebung täglich mit Ausnahme des Sonntags. Bei Nichterreichung infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Rückstellung der Bezugsgebühr oder auf Geldeinlösung

Dr. 97. Dienstag, 7. April 1936

Bezugspreis: 21. statt 20 Pf. Beitragsabrechnung am Tage vor Erteilung 10 Pf.
J. d. Sonnabendausgabe letzte 17 Uhr, 15 Minuten später ist sie schon 15 Pf. laut.
Verlag: Nationalsozialistischer Verlag f. d. Gau Sachsen GmbH, Dresden 3, 1.
Postamt 10. Postdirektion Dresden 20175. Geschäftstage 8-15 Uhr. Sonntags 8-12 Uhr. Sonnabend 15-18 Uhr. außer Sonnabend. Zeitungsumfang 25.000-30.000

Eine Warnung Edens an Paris

Pläne für gegenseitige Beistandsverpflichtungen über ganz Europa seht wenig wünschenswert - Aussprache im Unterhaus

Baldwin stellt die Vertrauensfrage

London, 6. April.
Die englische Regierung bewußte die Unterhausitzung am Montag, um ihre in der vorigen Woche erlittene Abstimmungsniederlage wieder gutzumachen, wobei sie sich verschiedener geschäftsordnungsmäßiger Regeln bedienen mußte, um die Abstimmung wiederholen zu können. Unter anderem war sie gezwungen, die Vertrauensfrage zu stellen.

Ministerpräsident Baldwin bezeichnete in seiner einleitenden Rede die frühere Abstimmungsniederlage als einen reinen Zufall, aus dem die Regierung keine Folgerungen zu ziehen brauche. In dem vorliegenden Falle vertrete die Regierung nicht die Ansicht, daß sie das Vertrauen des Landes oder des Unterhauses verloren habe, denn sonst würde sie vor dem Rücktritt oder die Auflösung des Parlaments übrigbleiben. Im weiteren Verlaufe seiner Rede wandte sich Baldwin gegen den Oppositionsantrag, auf gleich hohe Bezahlung für Männer und Frauen im Staatsdienst, hauptsächlich mit der Begründung, daß sich hieraus für den Staatshaushalt eine zu hohe Belastung ergeben würde.

Der Führer der arbeiterparteilichen Opposition, Attlee, verteidigte den Antrag und insbesondere die Gültigkeit des Abstimmungsresultates der Vorwoche. Er erklärte, daß das Parlament nur an solchen Abgeordneten Interesse haben dürfe, die auch tatsächlich an den Sitzungen teilnehmen.

Die Frage des Augenblicks laute, ob die Regierung Vertrauen zu sich selbst habe und ob sie die Regierungsmitglieder untereinander trauten.

Doch Gustav Hertz sei zurückgetreten, Ramsay MacDonald sei von der Rednerliste der Regierung zurückgezogen worden, die Außenministerpolitik sei seit den Enthüllungen über den Hauss-Laval-Plan höchst unfaßbar geworden. Das Ziel, das Italien in Abessinien benutzt, kann vielleicht zum Teil von britischen Geellschaften. Die Regierung könne sich der Verantwortung hierfür nicht entziehen. Sie werde wahrscheinlich darauf hinweisen, daß sie schwierige Aufgaben mit Deutschland zu regeln geahnt habe, aber Hitlers Vorgehen sei eine viel zu enge Grundlage. Der schiere Schild des Friedens sei der Völkerbund und nicht eine Föderalpolitik. Die Regierung, so hofft Hitler, sei im ganzen Lande in Mißkredit geraten.

Der liberale Oppositionsführer Sir Archibald Sinclair erklärte, daß in Abessinien nicht die Süßnapolitik, sondern die britische Regierung einen Schlag erlitten habe. Erneut wurde dann das Kolonialproblem erwähnt. Der Abgeordnete Sondes, ein Schwergewicht Winton Churchill's, wollte wissen, ob die am 12. Februar von dem Kolonialminister abgegebene Erklärung, wonach die britische Regierung keinerlei Erwiderungen über die Ausbildung britischer Mandatsgebiete an irgend einer anderen Macht angestellt habe oder anstelle, heute noch Gültigkeit habe.

Ministerpräsident Baldwin antwortete, daß sich die Haltung der Regierung in dieser Angelegenheit nicht geändert habe.

Der Abgeordnete Dan verlangte von dem Ministerpräsidenten eine Versicherung, daß das Britische Reich in den bevorstehenden Generalstabbesprechungen während der Österreichtagung des Parlaments keine endgültigen Entscheidungen treffe oder Verpflichtungen eingehne. Baldwin wiederholte, daß die Generalstabbesprechungen die politischen Verpflichtungen Englands nicht vermehren würden, so daß die in diesem Zusammenhang geäußerten Befürchtungen unbegründet seien.

Im Verlauf der Aussprache nahm auch der konservative Winton Churchill das Wort. Er

richtete schärfste Angriffe gegen die Regierung wegen ihrer Abessinienpolitik. Es werde sich bald herausstellen, daß die 50 Nationen des Völkerbundes den Abessiniern auch nicht den geringsten Nutzen gebracht hätten. Auf jeden Fall würde nicht England, sondern der Völkerbund über das künftige Schicksal der Kolonien entscheiden können.

Außern Chamberlain erklärte zum Abessinienstreitfall, er glaube, daß England den Fehler gemacht habe, den Völkerbund zu Maßnahmen zu veranlassen, die er nicht zu tun bereit gewesen sei. Im Falle Locarno sei England verpflichtet, seine ganzen Hilfskräfte im Mittelmeer haben als bisher. Abgesehen von den materiellen Verlusten laufe England überdrüssig Gefahr, dem Fluch der Vächerlichkeit ausgesetzt zu sein. Der Preis müsse jetzt bezahlt werden, weil die Regierung ihre Einmischung ohne den genügenden Nachdruck her-

England wünscht Lösung durch Genf

Danach erhob sich Außenminister Eden, der sich zunächst mit der Behauptung des Oppositionsführers Attlee auseinandersetzte, daß England im abessinischen Streitfall sich nicht an den Völkerbund gehalten habe. Erst die Geschichte werde lehren, ob das, was der Völkerbund beschlossen habe, gut oder schlecht gewesen sei. Die Lehre, die man bisher aus den Ereignissen ziehen könne, lautet 1. daß ein zahlenmäßig begrenzter Völkerbund unvermeidlich auch in seiner Wirklichkeit begrenzt sei, 2. könnten dessen finanzielle und wirtschaftliche Sühnemaßnahmen nicht sofort wirksam werden, wenn die Mitgliedschaft beim Völkerbund nicht vollständig sei.

Das Ansehen der britischen Regierung würde es unerträglich sein, wenn man in Genf nach Verhandlung spreche, so lange der Krieg andauere.

Die Haltung der englischen Regierung bleibt genau die gleiche, wie sie es während der ganzen Dauer des Streitfalls gewesen sei. England sei bereit, gemeinsam mit den anderen Mächten wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen zu treffen, falls die anderen sie annehmen und in dem gleichen Geist und Geschwindigkeit wie England selbst durchführen würden.

Der Außenminister kam dann auf die durch den deutschen Friedensplan geschaffene

beigefürt habe. Churchill wandte sich dann auch der Kolonialfrage zu, wobei er es an den bei ihm üblichen gehässigen Ausfällen gegen Deutschland nicht fehlten ließ. Auf jeden Fall würde nicht England, sondern der Völkerbund über das künftige Schicksal der Kolonien entscheiden können.

Außern Chamberlain erklärte zum Abessinienstreitfall, er glaube, daß England den Fehler gemacht habe, den Völkerbund zu Maßnahmen zu veranlassen, die er nicht zu tun bereit gewesen sei. Im Falle Locarno sei England verpflichtet, seine ganzen Hilfskräfte im Mittelmeer haben als bisher. Abgesehen von den materiellen Verlusten laufe England überdrüssig Gefahr, dem Fluch der Vächerlichkeit ausgesetzt zu sein. Der Preis müsse jetzt bezahlt werden, weil die Regierung ihre Einmischung ohne den genügenden Nachdruck her-

Lage zu sprechen. Die Prüfung der deutschen Note sei noch im Gang. Vor ein paar Tagen jedoch seien die Regierungen Frankreichs und Belgien an die britische Regierung mit der Bitte herangetreten, eine Tagung der Locarno-Mächte ohne Deutschland Anfang dieser Woche einzuberufen in Paris oder in Brüssel abzuhalten. Er bekannte, daß die englische Regierung einige Zweifel über die Nützlichkeit einer solchen Zusammenkunft in diesem Augenblick empfunden habe. Er habe es für richtig gehalten, darauf hinzuweisen, daß die englische Regierung nicht zu einer Zusammenkunft gehen und der Ansicht wünschten könne, daß die Verjährungsaktion (Konzentration) zu Ende sei. Andererseits sei er der Ansicht gewesen, daß ein Gedanken austausch vielleicht nützlich sein würde, ob auf diplomatischem Wege oder unmittelbar durch eine gemeinsame Zusammenkunft.

Eden erklärte weiter, da nach englischer Ansicht eine Sitzung des Dreizehner-Ausschusses über den abessinischen Konflikt dringend notwendig sei, habe sich England hierum bemüht. Die Sitzung werde am Mittwoch stattfinden. England habe diese Gelegenheit benutzt, um den Regierungen Frankreichs und Belgien vorzuschlagen, in dieser Zeit informelle Besprechungen unter sich abzuhalten. Beide Regierungen hätten dieser Ansicht beigeplichtet. Fortsetzung auf Seite 2

33000 wollen in die Lehre

Von Professor Dr. Burkhardt, Dresden

In diesem Jahre haben in Sachsen 39 200 Knaben zu Ostern die Volksschule verlassen. Nach den bisher gemachten Beobachtungen werden von den Knaben etwa 65 v. H. getrennte Berufe und 15 v. H. ungelehrte Berufe erreichen. Es werden somit in unserem Gaugediet insgesamt 33 400 Lehrstellen für männliche Schulklasen benötigt.

Nach der Berichtszeitung 1935 gab es in Sachsen 35 988 Lehrstellen, und zwar 10 661 in Kaufmännischen Büros und 45 327 in Fabrik- und Handwerksbetrieben. Rechnet man mit durchschnittlich 3 Lehrjahren, so entfallen hierauf auf jedes Lehrjahr im Mittel 17 220. Diese Zahl ist wesentlich kleiner als die von uns berechnete der diesjährige benötigten Lehrstellen, was daraus zu schließen ist, daß damals die schwachen Altersgeburtsjahrgänge 1916 bis 1918/19 im Lehralter standen. Da jedoch der Beschäftigungsgrad von 31,3 v. H. zur Zeit der Nachkriegszeit auf 61,3 v. H. im zweiten Halbjahr 1935 gestiegen ist, kann angenommen werden, daß es trotzdem möglich ist, wie schon im Vorjahr auch diesmal Lehrstellen im erforderlichen Ausmaß bereitzustellen. Der Aufruf unseres Gauleiters Mühlmann "Schafft Lehrstellen für Ostern 1936!" der am 4. März im "Freiheitsstahl" erdigten, hat Sachsen Betriebsführer zweifellos bereits zum vollen Einsatz in dieser Richtung veranlaßt.

Aus der Volksschule sind in diesen Tagen 13 700 Schüler und 20 500 Schülertinnen abgegangen. Die Zahl der aus den Gewerbe- und Fachschulen ausscheidenden Schüler beläuft sich auf 9900. In den höheren Schulen ist mit einem Abgang von 2900 Schülern zu rechnen, davon etwa 1400 Abiturienten. Rechnet man daß etwa ein Drittel der Abiturienten zum Studium übergeht, so bleiben 2400 aus den höheren Schulen abhängende und ins Berufsleben eintretende junge Leute. Stellt man die folgenden Betrachtungen nur für die männlichen Schulklasen an, so ergibt sich als Gesamtzahl der aus der Volksschule, den Fach- und Gewerbeschulen und der höheren Schule zur Entlassung kommenden, die im wesentlichen die jährliche Wirtschaft aufnehmen muß, die Zahl von 29 000. Hierzu treten noch 2600 von jährlichen Hochschulen abgehende Akademiker.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Bevölkerung läßt sich für Sachsen die Gesamtzahl der erwerbstätigen Männer auf ungefähr 1 500 000 bezeichnen. Von diesen sind nach einer überblätterigen Berechnung 120 000 der Gruppe der Ungelehrten zu rechnen. 750 000 haben eine praktische Lehre genommen, 285 000 höhere bzw. Hochschulbildung und 45 000 Hochschulbildung. Nach der Altersgliederung und den Zahlen für die mittlere Berufsdauer berechnet sich die Zahl der innerhalb eines Jahres freizuvorbrechenden Stellen für Sachsen insgesamt auf etwa 2800. Vergleicht man diese Zahl mit der der diesjährigen Schulklasen, so ergibt sich, daß sie um 900 größer ist. Diese 28 000 beruhen den Erfahrungswert, worunter man in der Statistik den durch Abgang infolge Tod, Invalidität usw. entfallenden Bedarf an Arbeitskräften versteht; hinzutommt der Erweiterungswert, der die durch Belebung und Ausweitung der Wirtschaft neu entstehenden Arbeitsmöglichkeiten darstellt und ist nicht berechnet.

Der Erhöhungswert bei den Angestellten und Angestellten läßt sich in Sachsen auf etwa 10 800 bezeichnen. Die nach Eintritt der Schulklasen rechnerisch insgesamt noch verfügbaren 9400 Arbeitsplätze entfallen somit zu zwei Dritteln auf die Gruppe der Ungelehrten. Im Zusammenhang mit der geringen Zahl von ungelehrten

Protest „in ausgezeichneter Hochachtung“

Die kleine Entente legt Verwahrung gegen Österreichs Dienstpflicht ein

Prag, 6. April.

Zum Montag um 17 Uhr überreichten der rumänische und der jugoslawische Gesandte sowie der tschechoslowakische Gesandte in Wien im Bundeskanzleramt gemeinsam drei rechtlich gleichlautende Noten, die den Beischluß des Friedens betreffen, die allgemeine Dienstpflicht einzuführen.

In diesen Noten heißt es: „Am 1. April hat der Bundestag ein Gesetz beschlossen, das eine Änderung des für Österreich durch Teil V des Vertrages von St. Germain festgesetzten Militärsatzes vorstellt. Diese Änderung stellt, da sie durch eine einseitige Aufführung dieses Teiles des Vertrages von St. Germain erfolgt ist, eine formale Verletzung der militärischen Klauseln dieses Vertrages dar. Unter diesen Umständen steht sich die Regierung der Tschechoslowakischen Republik Rumäniens, Jugoslawiens als Mitunterzeichner des Vertrages von St. Germain verpflichtet, energisch Verwahrung gegen den Beischluß des in Rede stehenden Gesetzes einzulegen.“

Unterseits bedauert sie als Mitglied des Völkerbundes lebhaft, daß Österreich, gleich-

falls Mitglied des Völkerbundes, es für gut befunden hat, den Weg zu beschreiten, den der Völkerbundrat unter ähnlichen Umständen feierlich durch seine Resolution vom 17. April 1933 verurteilt hat. Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik Rumäniens, Jugoslawiens vermag keinesfalls einzugeben, daß Österreich sich durch seine einseitige Handlung, die die Ablehnung internationaler Verpflichtungen darstellt, ein neues Recht geschaffen hat. Infolgedessen behält sich die Regierung der Tschechoslowakischen Republik Rumäniens, Jugoslawiens, das Recht vor, sich zu einem späteren Zeitpunkt bindend über zur Wahrung ihrer Interessen zu ergreifen den Maßnahmen zu äußern. Die Gesandtschaft der Tschechoslowakischen Republik Rumäniens, Jugoslawiens verfügt diesen Anschluß, um das vorchristliche Bundeskanzleramt (Auswärtsministerien) ihrer ausgewählten Hochachtung zu versichern.“

Wie das „Österreichische Korrespondenzbüro“ der Öffentlichkeit die Meldung hinzufügt, geben die österreichische Regierung nicht auf die gemeinsamen Schritte der Tschechoslowakischen Republik Rumäniens und Jugoslawiens zu erwidern.